63. Jahrgang. № 143. Sonntag, 25. Mai 1919.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zutragung sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 5.40 M. monatlich 1.80 M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 75 Pf. Nur Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt einspaltige Mm- und Textzeile 25 Pf. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. — Belegblatt 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Tränkners Möbelhaus
21/23 Görlitzer Straße 21/23
Sehenswerte Ausstellung.

Kronen .... Lampen
Antiquitäten
Kretzschmar, Bösenberg & Co.
5 Serrestraße 5 (Nähe Pirnaischer Platz).
Kriegsanleihe wird zum Tageskurs in Zahlung genommen.

Lederkoffer, Ledertaschen
Reiseartikel sowie alle Arten Lederwaren in Luxus-Ausführung und für den praktischen Gebrauch empfiehlt in großer Auswahl
13 Prager Straße Ecke Ferdinandstr. Oscar Zscheile Prager Straße 13 Ecke Ferdinandstr.

# Das Ergebnis von Spa.

## Spa — Versailles.

**Berlin**, 24. Mai. (Eig. Drahtmeld.) Ueber die Grundsätze, von denen die Konferenz in Spa bei der Festsetzung unserer Gegenvorschläge ausgegangen ist, meldet die „Voss. Ztg.": Bis jetzt hat die deutsche Abordnung die Taktik verfolgt, einzelne Teile der gegnerischen Vorschläge herauszugreifen und in besonderen Noten zu behandeln. Dieses Verfahren läßt sich nicht für die Hauptfragen anwenden, die ein einheitliches Ganzes bilden und deren Lösung nur gemeinsam vorgenommen werden kann. Es ist nicht möglich, über die territorialen Fragen zu entscheiden, ohne vorher Klarheit über die wirtschaftlichen Angelegenheiten zu haben, da die Erfüllung der wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen abhängig ist von der Größe des Deutschen Reiches. Es wurde deshalb Wert darauf gelegt, in einer großen Denkschrift diese Fragen zusammenfassend zu behandeln. Zugrunde gelegt ist dieser Denkschrift der Rechtsboden, auf den sich die deutsche Regierung mit der Annahme der Lansingschen Note im November v. J. gestellt hat. Es wurde versucht, zwischen den Lansingschen Vorschlägen und den Lebensnotwendigkeiten unserer Gegner einen Ausgleich zu finden, der allen ihren Bedürfnissen zu entsprechen geeignet ist. Vor allem kam es auch darauf an, den

**Zwiespalt in den gegnerischen Vorschlägen,**

die einerseits ein wirtschaftliches Wiederaufleben Deutschlands zur Unmöglichkeit machen, auf der anderen Seite aber die höchsten Anforderungen an Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stellen, möglichst deutlich herauszuarbeiten und zu beseitigen. Es wurde versucht, darzulegen, daß Deutschland bestimmte wirtschaftliche Leistungen nur aufbringen kann unter Voraussetzungen wirtschaftlicher sowohl wie territorialer Natur. Schließlich wurde darauf hingewiesen, daß in einer Reihe von Fragen, z. B. der des Saargebietes, eine Erfüllung der gegnerischen Bedürfnisse und der deutschen Lebensnotwendigkeiten nur möglich ist durch gemeinsame Arbeit der an ihnen interessierten Parteien.

Der Wortlaut der deutschen Denkschrift wird sofort nach seiner Festsetzung nach Berlin übermittelt und hier sofort, nachdem er in Versailles überreicht worden ist, der Oeffentlichkeit übergeben werden. Wie weiter mitgeteilt wird, sind insbesondere auch

**die kolonialen Fragen**

in Spa eingehend besprochen worden. Kolonialminister Bell, der bekanntlich an den Verhandlungen teilnahm, hat gemeinsam mit dem Vertreter des Reichskolonialministeriums, dem Gouverneur von Neu-Guinea, Geheimrat Haber, den Wortlaut der deutschen kolonialen Gegenvorschläge festgesetzt. Sie sind aufgebaut auf den Punkten der Wilsonischen Friedensvorschläge und bringen nochmals die deutschen berechtigten Ansprüche auf koloniale Betätigung eingehend zur Darstellung.

Unabhängig von der deutschen Denkschrift werden einzelne Fragen durch besondere Noten behandelt werden. So steht eine neue deutsche Note über

**die Kriegsgefangenenfrage**

als Antwort auf die Clémenceausche Erklärung unmittelbar bevor. Es wird darin eine Zusammenstellung der Straftaten feindlicher Kriegsgefangener enthalten sein, die wir ohne Rücksicht auf noch zu verfügende Strafen infolge des Waffenstillstandsvertrages vom November an die Gegner zurückgegeben haben. Weiter wird eine Darstellung der Kriegsgefangenen-Behandlung und -Ernährung in Deutschland und in den einzelnen feindlichen Staaten gegeben werden, um festzustellen, daß Deutschland sich in dieser Hinsicht keine Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen.

## Gegen die Konfiskation des deutschen Privatvermögens.

**Spa**, 24. Mai. Die zweite der im Vorabend-Blatt erwähnten Noten der deutschen Delegation an Clémenceau besagt u. a.:

**Die Friedensbedingungen über das Privateigentum der beiderseitigen Staatsangehörigen sind in erster Linie von dem Bestreben der Ententeregierungen diktiert, das gesamte, in ihrem Machtbereiche befindliche deutsche Privatvermögen als eine einheitliche Masse zu behandeln, aus der sowohl die Privatforderungen ihrer Staatsangehörigen, als auch die staatlichen Ansprüche auf Kriegsentschädigung befriedigt werden sollen. Die deutsche Delegation sieht sich zu der Erklärung verpflichtet, daß ihr die vorgeschlagene Regelung**

**grundsätzlich unannehmbar**

**erscheint, da sie mit den elementarsten Gedanken eines Rechtsfriedens nach verschiedenen Richtungen hin in Widerspruch steht. Die vorgeschlagene Verwendung deutschen Privateigentums im Auslande läuft auf eine derart weitgehende Konfiskation von Privatbesitz aller Art hinaus, daß eine allgemeine Erschütterung der Grundlagen des internationalen Rechtslebens die Folge sein muß. Die deutsche Delegation ist überzeugt, daß sich zwischen den beiderseitigen Standpunkten ein Ausgleich finden ließe. Eine Reihe von Bedenken würde schon dadurch beseitigt werden, daß der Grundsatz der Gegenseitigkeit Anwendung findet, wie er dem Geiste des Völkerbundes entspricht. Im übrigen wäre allerdings mündliche Beratung der einschlägigen Fragen erforderlich.**

## Die Entente-Note vom 22. Mai.

**Versailles**, 24. Mai. Die deutsche Friedensdelegation hat am 22. Mai abends eine Note erhalten, in der es u. a. heißt:

1. Die alliierten und assoziierten Mächte haben den Bericht der durch die deutsche Regierung zur Prüfung der wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages eingesetzten Kommission erhalten und sorgfältig geprüft. Dieser Bericht scheint ihnen die grundlegenden Prinzipien zu verkennen, welche die aufzuerlegenden Bedingungen erklären und rechtfertigen.

2. Die deutsche Note erklärt, daß die industriellen Quellen Deutschlands vor dem Kriege zur Deckung des Bedarfes einer Bevölkerung von 67 Millionen Einwohnern nicht genügte, und sie stellt es so dar, als entspräche diese Ziffer der Bevölkerungszahl, für die Deutschland mit verminderten Kraftquellen auch in Zukunft weiter wirken müsse. Das ist aber nicht der Fall. Die gesamte Bevölkerung Deutschlands wird um etwa 6 Millionen Seelen verringert werden.

3. Die deutsche Note klagt darüber, daß man von Deutschland die Abtretung seiner vorhandenen oder im Bau befindlichen Handelstonnage, sowie ein Prioritätsrecht auf die Schiffsbauten auf eine bestimmte Anzahl von Jahren verlange. Als teilweisen Ersatz der 12750000 von Deutschland versenkten Tonnen beabsichtigt man, 4 Millionen Tonnen deutscher Schiffe zu übertragen. Mit anderen Worten, die Schiffe, die man Deutschland wegzunehmen beabsichtigt, stellen weniger als den dritten Teil der Tonnage dar, die auf diese nicht zu rechtfertigende Weise zerstört worden ist.

4. Die Note betont nachdrücklich die Absicht, Deutschland im Osten Gebiete zu entziehen, die besonders für die Erzeugung von Getreide und Kartoffeln in Betracht kommen. Das ist richtig, aber sie bemerkt nicht, daß nichts im Friedensvertrag die Fortsetzung dieser Art von Bodenkultur in den betreffenden Gegenden oder die Einfuhr dieser Erzeugnisse nach Deutschland verbietet. Im Gegenteil ist die Zollfreiheit dieser Erzeugnisse aus den Abgebieten für eine Dauer von drei Jahren vorgesehen.

5. In der Note wird besonderer Nachdruck auf die beabsichtigte Einschränkung betreffend Einfuhr von Phosphaten gelegt. Es wird jedoch außer acht gelassen, daß Deutschland die Phosphate, deren es bedarf, niemals erzeugt, sondern eingeführt hat.

6. Die deutsche Note beschwert sich ganz besonders darüber, daß man Deutschland seine Kohlen wegnehme, und behauptet, daß Deutschland fast ein Drittel der Erzeugung der bestehenden Kohlengruben verliert. Aber sie unterläßt es, zu bemerken, daß ein Viertel des deutschen Kohlenverbrauchs vor dem Kriege in den Gebieten stattfand, deren Uebertragung jetzt beabsichtigt ist.

7. Es darf nicht vergessen werden, daß zu den unberechtigten Verheerungen, die die deutschen Armeen während des Krieges begangen haben, die fast vollständige Zerstörung der Kohlenschätze in Nordfrankreich gehört. Die Folge davon ist ein lang währender und ernster Mangel an Kohlen in Westeuropa.

8. Die Note hebt ebenfalls Schwierigkeiten hervor, die für Deutschland dadurch verursacht werden, daß es in Zukunft Eisenerz und Zinn einzuführen genötigt ist. Es wäre ein grundsätzlicher Irrtum, zu glauben, daß es notwendig ist, die polnische Souveränität aufzuheben, um sich in einem Lande einen angemessenen Prozentsatz der Erzeugung zu sichern.

9. Die alliierten und assoziierten Mächte können die rein spekulativen Betrachtungen nicht anerkennen, die die deutsche Note bezüglich der Zukunft der deutschen Industrie im allgemeinen enthält. Es wird nicht die Tatsache berücksichtigt, daß die wirtschaftliche Katastrophe, die der Krieg verursacht hat, sich auf die ganze Welt erstreckt.

10. Ferner versucht die deutsche Note zu beweisen, daß die Auswanderung aus Deutschland notwendig sein wird, aber daß wenige Länder diese Auswanderer aufnehmen werden. Es wäre unrichtig, zu viel Gewicht auf diese Mutmaßung zu legen.

11. Schließlich behauptet die deutsche Note, daß die Friedensbedingungen logischerweise den

**Tod mehrerer Millionen Menschen in Deutschland**

außer denen nach sich ziehen würden, die im Kriege gestorben sind oder die man als Opfer der Blockade hinstellt. Diese Verlustziffer, die angeblich durch unsere Blockade verursacht worden ist, beruht auf reinen Hypothesen. Deutschlands Gebiete haben während des Krieges weniger gelitten als das irgendeines der kriegführenden europäischen Staaten. Die unversehrte Kraftquelle, die in Verbindung mit seiner Einfuhr bleiben muß, muß seiner Wiederherstellung und seiner Entwicklung genügen.

12. Die deutsche Antwort berücksichtigt auch nicht die große Erleichterung, die Deutschland für seine Wiederherstellungsbestrebungen durch die zwangsweiser Einschränkungen seiner künftigen militärischen Rüstungen genießen wird.

13. Aber die erste Bedingung für diese Wiederherstellung scheint zu sein, daß Deutschland die gegenwärtige Weltlage erkennt, an deren Schaffung es zum größten Teil beteiligt war. Alle Nationen Europas haben Verluste erlitten und werden noch lange Lasten tragen müssen, die für sie fast zu schwer sind. Es ist gerecht, daß Deutschland als Ursache (!) dieses Unglücks sie nach vollem Maße seiner Mittel wieder gutmache.

## 40 zu 35.

Seitdem wir arm geworden sind und keine Millionen mehr haben, haben wir gelernt, mit Milliarden zu jonglieren. Wir haben 150 Milliarden feste und einige sechzig Milliarden schwebende Schulden allein im Reich. Sie verdoppeln sich ungefähr, wenn man die Kriegsausgaben der Gliedstaaten, Gemeindeverbände und Gemeinden hinzurechnet. Der Friedensetat des Deutschen Reiches belief sich auf ungefähr 3½ Milliarden Mark, der der neuen Deutschen Republik wurde auf Grund einer vorsichtigen Berechnung des früheren Finanzministers Schiffer auf 21 Milliarden veranschlagt. Das entspricht einem Kapital von über 400 Milliarden. Das deutsche Volksvermögen belief sich nach der Berechnung Helfferichs im Jahre 1912 auf ungefähr 330 Milliarden. Dabei ist alles mitgerechnet, auch alle privaten Mobilien und Immobilien, auch der Grund und Boden, die Bergwerke und die ausländischen Kapitalsanlagen. Wir sind also überschuldet, wären bankrott ohne die Hoffnung, daß es uns gelinge, mit dem Fleiß, den keine Mühe bleichet, allmählich die Last abzuwälzen, abzuarbeiten. Viele Jahrzehnte wird das dauern, Kind und Kindeskinder werden daran tragen. Noch nach zwei Jahrhunderten hatte Deutschland die Folgen des Dreißigjährigen Krieges nicht verwunden, noch zu Anfang des vorigen Jahrhunderts gab es in Deutschland Städte, die die Einwohnerzahl von 1618 nicht wieder erreicht hatten.

Mit alledem müssen wir als unvermeidlichen Folgen des Krieges rechnen. Hinzu kommt aber noch viel mehr. Brennus-Clémenceau hat sein Schwert in die Wagschale geworfen. Wir klettern höher auf der Leiter der Milliarden: 100 Milliarden in Gold oder Goldparität haben wir zu bezahlen, hiervon 20 in Gold, Waren, Schiffen, Wertpapieren oder sonstigen Werten bis zum 1. Mai 1921, 40 Milliarden in Schuldverschreibungen, die bis 1926 mit 2½ v. H., von da an mit 5 v. H. zu verzinsen und mit 1 v. H. zu amortisieren sind. Für den Rest von 40 Milliarden sind ebenfalls 5prozentige Schuldverschreibungen zu übergeben. Für alles Weitere — denn die Feinde sind noch längst nicht zufrieden — wird von uns die Ausstellung eines Blankowechsels verlangt, der uns am 1. Mai 1921 überreicht werden wird. Welche Summen auf diesen Wechsel gesetzt werden, wissen wir nicht. Immerhin kann man sich davon einen Begriff machen, wenn man von Helfferich hört, daß der neue Finanzminister Dr. Dernburg die Kosten der von uns verlangten Unterhaltung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen des Verbandes auf 10 Milliarden jährlich veranschlagt. Sie entsprechen einem Kapital von 200 Milliarden. Wir haben 400 Milliarden eigene Schulden zu verzinsen, haben — vorläufig! — 300 Milliarden Entschädigungen für den Verband zu verzinsen und zu amortisieren. Das bedeutet eine Zinslast von mindestens 35 Milliarden im Jahre, die vom deutschen Volke in seiner Gesamtheit aufzubringen wäre.

Es gibt Zahlenbegriffe, die das Vorstellungsvermögen des menschlichen Gehirns übersteigen. Niemand kann sich beispielsweise recht denken, was ein Lichtjahr ist. Es ist die Entfernung, zu deren Zurücklegung das Licht, dessen Geschwindigkeit in der Sekunde 300000 Kilometer beträgt, ein Jahr braucht. Wenn man es sich ausrechnet, kommen etwa 9000 Milliarden Kilometer heraus. Eine solche Entfernung ist nicht mehr vorstellbar. Was sind 35 Milliarden? Können wir, die wir uns doch an das Jonglieren mit den Milliarden gewöhnt haben, uns etwas darunter denken? Ja, das können wir. In Deutschland wurden im Frieden, als es uns noch gut ging und das Geld noch etwas wert war, jährlich 40 Milliarden verdient, von all den 67 Millionen Menschen, mit Hilfe ihres intakten, bis ins einzelne durchorganisierten, feinnervigen und auf Höchstleistungen eingestellten Wirtschaftsapparates. In dieser Summe, die Rathenau errechnet hat — immerhin ein Mann, der etwas von diesen Dingen versteht —, sind alle Verdienste enthalten: der aufs Jahr umgerechnete, sauer verdiente Wochenlohn des ungelernten Arbeiters so gut wie das Millionen-Einkommen des Großkapitalisten, der nur Coupons abzuschneiden brauchte. Vierzig Milliarden also haben wir einst alle zusammen verdient, 3½ Milliarden brauchte das Reich, ungefähr ebensoviel die Bundesstaaten und die Gemeinden. Dieser Staatsbedarf wurde aber bei weitem nicht bloß aus den Taschen der Steuerzahler aufgebracht. Die sogenannten werbenden Anlagen in Reich, Staat und Gemeinden, wie Post und Telegraphie, Eisenbahnen und alle möglichen kommunalen Einrichtungen, ergaben zum großen Teil sehr beträchtliche Ueberschüsse. Heute ist das anders geworden; allein die Reichspost schließt mit einem Fehlbetrag von 161 Millionen ab. Aber sehen wir davon ab, betrachten wir nur die runden Ziffern: 40 Milliarden haben wir im Frieden verdient, 35 Milliarden sollen wir künftighin an Steuern aufbringen. Sieben Achtel des Gesamtverdienstes jedes Einzelnen gehören, mit anderen Worten, nicht mehr ihm, auch nicht dem eigenen Staat, sondern jenem kalten Ungeheuer, das man in Paris zum Herren Deutschlands machen will. Das Korn auf dem